

Integrationsbüro EDA/EVD
777.110 Irl/777.230 / sho-rsz/bah/sai

Bern, 21. Juni 1993

Notiz

Integration politischer Besuch in Dublin vom 17. Juni 1993

an	EDI/UA/SEC/WA	a/b
Datum	22.6	
Von	U/R	
EDA	22.06.93	10

Geht an: Herrn Bundesrat F. Cotti, Vorsteher des EDA
Herrn Bundesrat J.-P. Delamuraz, Vorsteher des EVD

Ref. C 41.770.0
C 41.765.0 (CH)

Am 17. Juni 1993 hat eine schweizerische Delegation unter Leitung von Botschafter B. Spinner in Dublin integrationspolitische Gespräche geführt¹⁾. Die irischen Gesprächspartner waren: Staatsminister Tom Kitt (Departement des Premierministers und Aussenministerium), Ted Barrington (Leiter der politischen Abteilung im AM), Noel Fahey (Leiter der Einheit für europäische Integration), Martin Kiwan (Assistenzsekretär im Premierministerium), Pat Power (Privatsekretär von Tom Kitt). Die Gespräche wurden in guter Atmosphäre und mit klarer Sprache geführt.

Ziel der Gespräche war einerseits, den Iren die gegenwärtige integrationspolitische Lage in der Schweiz zu erklären und Verständnis dafür zu wecken. Andererseits ging es konkret darum, die irische Haltung gegenüber den bilateralen Verhandlungsgesuchen der Schweiz in Erfahrung zu bringen.

1 Darstellung der aktuellen integrationspolitischen Situation der Schweiz, "Message"

Botschafter Spinner (spi) zeichnete das folgende Bild der aktuellen integrationspolitischen Lage in der Schweiz und vermittelt den folgenden "Message".

- Nach dem EWR-Nein befindet sich die Schweiz in einer Phase, in der die Innenpolitik das Primat hat. Die integrationspolitischen Ziele (Vermeidung politischer und

1) Delegationsmitglieder: Frau A. Abele, Schweiz. Botschaft in Dublin; H. Bachmann, BAWI; Ch. Schoenenberger, Integrationsbüro EDA/EVD



kultureller Isolation sowie wirtschaftlicher Diskriminierung) und Optionen (Bilateralismus, allfälliger späterer Beitritt zum EWR oder zur EG) gelten jedoch weiter.

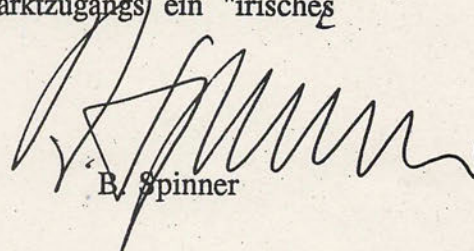
- Das Image der EG in der Schweiz ist verbesserungsbedürftig. Es ist daher wichtig, dass in den einzelnen bilateralen Verhandlungsbereichen Fortschritte erzielt werden, vor allem im Bereich der Kooperationsabkommen (Forschung, Bildung, Medien, Statistik etc.). Dasselbe gilt für den Land- und Luftverkehr. Hier herrscht in der Schweiz die starke Erwartung, dass die EG ihre Zusagen einlösen wird.
- Zu den weiteren Verhandlungsbegehren der Schweiz, die den gegenseitigen Marktzugang betreffen (Liberalisierungsabkommen), wünscht sich spi eine klare Sprache der irischen Gesprächspartner. Es ist wichtig für die Schweiz, allfällige Petita sowie die Grenzen der Verhandlungsbereitschaft Irlands zu kennen.

2 Die irische Reaktion

- Die irischen Gesprächspartner zeigen Verständnis für die innenpolitisch dominierte Phase, welche die Schweiz zur Zeit durchläuft, und für allfällige entsprechende Folgen (z.B. 'language aimed at domestic consumption'). Sie weisen darauf hin, dass die europapolitischen Diskussionen in Irland während den irischen Beitrittsverhandlungen unter ganz anderen Vorzeichen abgelaufen waren. Durch den Beitritt seien weite Bevölkerungskreise, einschliesslich der Landwirtschaft und der irischen Wirtschaft, in den Genuss von finanziellen Zuwendungen der EG gekommen.
- Die Gesprächspartner nehmen mit Genugtuung zur Kenntnis, dass das Ziel des EG-Beitritts der Schweiz nicht annulliert worden ist, und sie sind bereit, die Schweiz in der Beitrittsfrage zu unterstützen. Dabei tritt klar das Interesse Irlands zutage, in der EG das Gewicht der kleineren Staaten zu halten oder zu festigen.
- Im Bereich des Bilateralismus Schweiz-EG sehen die Iren keine Probleme bezüglich Verhandlungen über Kooperationsabkommen. Staatsminister Kitt ist bereit, den EG-Kommissär Flynn, seinen Landsmann und Parteigenossen, für die Anliegen der Schweiz im Bildungsbereich zu gewinnen. Auch bei den Freihandelsthemen (z.B. Ursprungsregeln) und im Verkehrsbereich sollten Lösungen möglich sein. Im Ursprungsbereich wird aber auch darauf hingewiesen, dass eine bilaterale Lösung heute auch belastet sei durch die Diskussionen um eine Regelung der paneuropäischen Kumulation.
- Bei den Liberalisierungsverträgen dagegen stellt sich für Irland die Frage der Ausgewogenheit. Gemäss den irischen Gesprächspartnern weist das EWR-Abkommen diese Ausgewogenheit auf; dabei wird explizit der Kohäsionsfond erwähnt. Alle irischen Gesprächspartner kommen früher oder später, mehr oder weniger deutlich, auf die Kohäsionsfrage zu sprechen. Es ist wahrscheinlich, dass Irland in bilateralen Liberalisierungsverhandlungen von der Schweiz Kohäsionsleistungen fordern wird.
- Der "Anwendungsbereich" des Bilateralismus wird von Irland durch folgende Bedingungen eingeschränkt:

- ein Intensität der Beziehungen, wie sie im EWR herrscht, kann auf bilateralem Weg nicht erreicht werden
- ein bilaterales Abkommen darf den Interessen der EG-Partner Irlands nicht zuwiderlaufen.
- Zur Gesamtphilosophie der Beziehungen Schweiz-EG, an der die EG-Kommission gegenwärtig arbeitet, nimmt Irland eine abwartende Haltung ein. Es wird betont, dass das Initiativrecht bei der Kommission liege; mit einem aktiven Einsatz Irlands zugunsten der Schweiz ist hier nicht zu rechnen.

Zusammenfassend: Irland nimmt gegenüber der Schweiz und ihren Verhandlungsbegehren eine offene, aber eher passive Haltung ein. Die Offenheit hat zudem ihre Grenzen. Die schweizerischen Begehren dürfen den Interessen Irlands und seiner EG-Partner nicht zuwiderlaufen, und der Handlungsspielraum der EG-Kommission bei der Formulierung der Politik gegenüber der Schweiz soll erhalten bleiben. Sodann dürften bilaterale Verträge zwischen der Schweiz und der EG zur Gewährung des Marktzugangs ein "irisches Preisschild" tragen.


B. Spinner

Kopie an: EVED: Sekretariat des Bundespräsidenten
 Sekretariat des Vorstehers des EDA
 Sekretariat des Vorstehers des EVD
 Herren Staatssekretäre F. Blankart, BAWI, J. Kellenberger, EDA-PD,
 und H. Ursprung, EDI/GWF
 EDA: Politische Abteilung I
 Finanz- und Wirtschaftsdienst
 Direktion für Völkerrecht
 EDI: Gruppe für Wissenschaft und Forschung
 Bundesamt für Sozialversicherung
 EVED: Bundesamt für Verkehr
 Bundesamt für Zivilluftfahrt
 Schweiz. Nationalbank, Bern und Zürich
 Schweiz. Botschaften in Athen, Bonn, Brüssel, Kopenhagen, Dublin, Den
 Haag, Lissabon, London, Luxemburg, Madrid, Paris, Rom, Helsinki, Oslo,
 Stockholm, Wien, Moskau, Tokio, Washington
 Schweiz. Mission bei den EG, Brüssel
 Schweiz. Delegation bei der OECD, Paris
 Schweiz. Delegation bei der EFTA und beim GATT, Genf
 Ständige Delegation der Schweiz bei der UNESCO, Paris
 EVD: Bundesamt für Landwirtschaft
 Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit
 BAWI: ari, gir, imb, spi, bal, ram, zos, jag, egg, nag, mci, nep, klm, giu,
 bah, sho